

Bildungspolitische Vorschläge in Wahlprogrammen zur Bundestagswahl 2009

Johanna Maiwald, Büro MdB Dr. Petra Sitte, Tel.: 227-71420

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Anspruch an Bildung	<p><i>Motto:</i> Bildung für alle von Anfang an. Für eine demokratische Bildungsreform mit sozialer Ausrichtung.</p> <ul style="list-style-type: none"> - das Recht auf Bildung, einschließlich beruflicher Ausbildung, im Grundgesetz verankern - Selbstbestimmung, berufliche Perspektive und ein verantwortungsvolles, solidarisches Miteinander 	<p><i>Motto:</i> Bildung ist Menschenrecht. Sie ist Voraussetzung für Chancengleichheit.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Investition in Wohlstand durch Qualifizierung von Fachkräften - Integration des Einzelnen in die Gesellschaft, indem Bildung ungleiche individuelle Ausgangsbedingungen überwindet. 	<p><i>Motto:</i> Bildung statt Beton. Zugang zu Bildung ist zentrale Gerechtigkeitsfrage.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Erziehung zur Selbstverantwortung, Handlungsfähigkeit und Mündigkeit - zentral für Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und Wissenschaft - Freude am Umgang mit fremden Kulturen und der Natur 	<p><i>Motto:</i> Bundesrepublik als Bildungsrepublik ausbauen. Chancengerechtigkeit von Anfang an.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Zukunftsvorsorge für den Einzelnen und die Gesellschaft - Quelle der kulturellen Entwicklung, des sozialen Zusammenhalts wie auch des wirtschaftlichen Erfolgs 	<p><i>Motto:</i> Bildung ist Bürgerrecht. Faire Bildungschancen für alle.</p> <ul style="list-style-type: none"> - gesellschaftliche Teilhabe und Grundlage für Innovation und gesellschaftliche Entwicklung. - Wettbewerb um Lösungen und Vielfalt, die Begabungen der Kinder am besten fördert.
Bildungsfinanzierung & -planung	<ul style="list-style-type: none"> - einen nationalen Bildungspakt auflegen: <u>öffentliche</u> Bildungsausgaben auf mindestens 7 Prozent des BIP erhöhen - eine Gemeinschaftsaufgabe Bildung von Bund und Ländern im Grundgesetz verankern 	<ul style="list-style-type: none"> - bis 2015 mindestens 7 Prozent des BIP für Bildung und 3 Prozent für Forschung und Entwicklung. - Bildungszuschlag auf sehr hohe Einkommen 	<ul style="list-style-type: none"> - Solidaritätszuschlag zum Teil in einen Bildungssoli umwandeln - Erbschaftssteuer reformieren und Mittel für Bildungsinvestitionen freisetzen - widersinniges Kooperationsverbot im Bildungsbereich wieder aufheben 	<ul style="list-style-type: none"> - bis 2015 gesamtstaatlich 10 Prozent in Bildung und Forschung investieren - Bildung bleibt Ländersache. Gleichzeitig wachsen die länderübergreifende Verantwortung und die Notwendigkeit, in zentralen Handlungsfeldern nationale Ziele und abgestimmte Maßnahmen von Bund und Ländern zu verabreden 	<ul style="list-style-type: none"> - möglichst bis 2010 mindestens 3 Prozent des BIP für Forschung und 7 für Bildung - Drei-Säulen-Modell aus staatlicher Grundfinanzierung, Studienbeiträgen und Eigenvermögensaufbau der Hochschulen. - Stiftungs-, Erb- und Steuerrecht attraktiver für private finanzielle Unterstützung von Hochschulen machen - die Kultusministerkonferenz durch effektive, schlanke Bildungskonferenz ersetzen

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Gleichstellung der Geschlechter	<ul style="list-style-type: none"> - mehr Frauenförderung an Hochschulen durch Regelungen zwischen Bund und Ländern garantieren - Geschlechter diskriminierende Auswahlverfahren überwinden 	<ul style="list-style-type: none"> - geschlechtsspezifische Berufs- und Studienfachwahl aufbrechen durch enge Zusammenarbeit zwischen Schule, Berufs- und Studienberatung sowie Elternhaus. - für mehr Frauen in Leitungsfunktionen: konkrete Zielvereinbarungen mit Hochschulen mit finanziellen Sanktionsmöglichkeiten. 	<ul style="list-style-type: none"> - Anteil der Männer beim pädagogischen Personal in Kitas und Grundschulen deutlich erhöhen, um Jungen geschlechtssensible Angebote und positive Rollenvorbilder zu machen 	<ul style="list-style-type: none"> - Schwerpunkt in den MINT-Fächern, also Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik und gezielt dem unterdurchschnittlichen Anteil von Frauen in wissenschaftlichen Berufen entgegenwirken 	<ul style="list-style-type: none"> - in der Schule verstärkt Mädchen für Naturwissenschaften gewinnen - Barrieren für wissenschaftliche Karrieren von Frauen durch spezifische Unterstützung abbauen
Integration	<ul style="list-style-type: none"> - ein inklusives Bildungssystem auf allen Ebenen für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen - Chancengleichheit für MigrantInnen sichern und Ausgrenzung beenden - Förderung beider Sprachen von zweisprachigen Kindern - von MigrantInnen im Herkunftsland erworbene Hochschul- und Berufsabschlüsse, Qualifikationen und berufliche Erfahrungen anerkennen 	<ul style="list-style-type: none"> - Benachteiligung von Einwanderkindern beenden. Anerkennung ihrer besonderen Fähigkeiten wie die Mehrsprachigkeit und ihrer kulturellen Erfahrungen. - keine Ausgrenzung für Kinder mit Behinderung, für Lernschwache und mit unzureichender Hilfestellung im Elternhaus. - Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene Abschlüsse, das nach spätestens sechs Monaten Gewissheit gibt. 	<ul style="list-style-type: none"> - Lernen der deutschen Sprache ist zentraler Bildungsauftrag für Kindergärten und Grundschulen; hinzu kommen muss die Förderung der Erstsprache - die allgemeinen Schulen so verändern, dass sie allen SchülerInnen, mit und ohne Behinderung, gerecht werden - SchülerInnen mit Behinderungen haben dabei Anspruch auf sonderpädagogische Förderung einschließlich der individuellen Hilfen - erleichterte Anerkennung von Berufsabschlüssen, die nicht in Deutschland erworben wurden 	<ul style="list-style-type: none"> - bis 2010 sollen alle Kinder, die eingeschult werden, deutsch sprechen können - durch stärkeres Fördern und Fordern Teilnahme an Integrationskursen von Migranteltern erhöhen - mehr LehrerInnen für Schulen mit vielen SchülerInnen aus bildungsfernen Familien - Bildungs- und Ausbildungs-offensive für Migrantinnen 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbau von Förder- und Regelschulen unter einem Dach sowie Förderzweig an Regelschulen einführen - Diagnostik von Hochbegabungen in der Ausbildung von ErzieherInnen und LehrerInnen einführen

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Kita & frühkindliche Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - den Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung in Kitas mit hoher Betreuungsqualität verbinden - Kitagebühren abschaffen - Kita-Ausbau vorantreiben, um die Betreuung ab eins auch für Kinder mit Behinderungen zu sichern - Ausbildung von mehr ErzieherInnen fördern 	<ul style="list-style-type: none"> - Recht auf Ganztagsbetreuung ab eins mit besserem Personalschlüssel, bundesweit einheitlich im SGB VIII geregelt. - in weiteren Schritten vollständige Gebührenfreiheit unter Beteiligung des Bundes - bessere Aus- und Weiterbildung für ErzieherInnen 	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsanspruch auf ganztägige Betreuung ab eins - Kooperationen zwischen Kita und Schule, um Übergang zu verbessern - bundesweite Betreuungsstandards für Personalausstattung und Gruppengröße - Perspektivisch Hochschulabschluss für ErzieherInnen 	<ul style="list-style-type: none"> - verbindliche Sprachtests mit vier 	<ul style="list-style-type: none"> - Bildungs- und Betreuungsgutschein für jedes Kind ab eins – für Krippen, Musikschulen oder Sportvereine - verbindliche Sprachtests mit vier, verbindliche Schulvorbereitung ab fünf - Übergang von Kita zu Grundschulen verbessern - Fortbildungsoffensive für ErzieherInnen, akademischer Abschluss für Leitungsperson - Budgetautonomie für Kitas
Schule	<ul style="list-style-type: none"> - Gemeinschaftsschule bis zur Klasse 10 bundesweit als Regelschule etablieren - individuelle Förderung verankern, statt auf private Nachhilfe zu setzen - Ausbau von Ganztagschulen mit sozialpädagogischer Unterstützung an jeder Schule - Bund-Länder-Programm für die Ausbildung von mehr LehrerInnen - Lehr- und Lernmittelfreiheit sichern - bundesweite Vertretungen von SchülerInnen und Eltern durchsetzen 	<ul style="list-style-type: none"> - langfristig das gegliederte Schulwesen überwinden. - Angebot an Ganztagschulen flächendeckend ausbauen - mindestens eine/n SchulsozialarbeiterIn für Schulen mit besonderem Bedarf - Recht für alle, den Schulabschluss jederzeit gefördert nachholen zu können. Die Zahl der SchulabbrecherInnen von jetzt 80.000. jährlich um mindestens 10 Prozent senken - Berufsorientierung mit umfangreicher Beratung soll Pflichtangebot in allen allgemeinbildenden Schulen sein 	<ul style="list-style-type: none"> - alle Kinder mindestens bis zur 9. Klasse gemeinsam lernen - Reform des vielerorts konzeptionslos eingeführten achtjährigen Gymnasiums. - flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen - Freiheit für Schulen, wie sie Bildungsziele erreichen - verpflichtende Fortbildung für LehrerInnen - Kosten für Lernmittel und Mittagessen für einkommensschwache Familien ersetzen, perspektivisch für alle 	<ul style="list-style-type: none"> - für die Bildungseinrichtungen und –abschlüsse eines gegliederten Schulsystems bundesweite Leistungsmaßstäbe entwickeln und durchsetzen - konfessioneller Religionsunterricht in allen Ländern als Pflichtfach - Zahl der Schulabbrecher bis 2012 halbieren - bedarfsgerechter Ausbau von Ganztagsschulangeboten 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung von Schuleinzugsbereichen - gleiche Wettbewerbssituation für staatliche und freie Grundschulen - Durchlässigkeit durch Netzwerke von Schulen stärken - externe Evaluation von Bildungsergebnissen freier und öffentlicher Träger - gegen Regel-Verbeamtung bei Neueinstellung von Lehrern - Präsenz der Lehrer neben dem Unterricht als Arbeitszeit honorieren.

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Ausbildung	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungsumlage im dualen System einführen - auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot sicherstellen - Ausbildungsentgelte grundsätzlich tariflich vereinbaren - außer- und überbetriebliche Ausbildungen mit betrieblichen gleichstellen - Jugendarbeitsschutz ausbauen und Jugendvertretung stärken - Schul- bzw. Prüfungsgebühren in der beruflichen Bildung abschaffen - gesetzliche Abgrenzung von Arbeits- und Lernverhältnissen: Berufseinstieg über reguläre Arbeitsverträge sichern; Praktika mit mindestens 300 Euro im Monat vergüten 	<ul style="list-style-type: none"> - Ausbildungspakt weiterentwickeln und Ausbildungsplatzverpflichtungen der Wirtschaft weiter erhöhen - mit dem Ausbildungsplatzbonus auch denen, die schon länger eine Lehrstelle suchen, helfen - Berufsausbildungsgarantie in außerbetrieblichen Ausbildungsangeboten für alle über 20 Jahre ohne Berufsabschluss oder Abitur - junge ArbeitnehmerInnen sollen möglichst ohne Einkommensverluste in ihrem Betrieb eine Ausbildung nachholen 	<ul style="list-style-type: none"> - durch regionale oder branchenspezifische, verpflichtende Umlagesysteme Ausbildungskosten zwischen ausbildenden und nicht ausbildenden Betrieben verteilen - Produktionsklassen sollen Schulabschlüsse und Übergänge in eine betriebliche Ausbildung fördern - ein triales Ausbildungssystem »Dual Plus« einführen: bestehendes »Duale System« um eine dritte Säule, die überbetrieblichen Zentren, erweitern - Modularisierung und Anerkennung von Teilqualifikationen - durch zusätzlichen Unterricht sollen Jugendliche während der Ausbildungszeit ein Fachabitur erreichen können - Mindeststandards für Praktika als Ausbildungsverhältnis (300 Euro) 	<ul style="list-style-type: none"> - Lernerfolge insbesondere der dualen Berufsausbildung in Deutschland und international besser vergleichbar machen - den erfolgreichen Ausbildungspakt mit der Wirtschaft über 2010 hinaus fortführen - Deutschland zum Weltmeister im Export beruflicher Aus- und Weiterbildungsangebote machen und die Vermarktung gezielt fördern 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderangebote für Schulabgänger müssen in berufliche Ausbildung münden - Ausbildungsgänge flexibel und modular aufbauen

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Hochschulzugang	<p>-offenen Studienzugang mit einem Hochschulzulassungsgesetz bundesweit ermöglichen: individuelle Auswahlverfahren der Hochschulen abschaffen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - die Hochschulzulassung bundeseinheitlich über ein zentrales Serviceverfahren regeln - Möglichkeit für BerufsschülerInnen, die Fachhochschulreife zu erwerben - Zugang zum integrierten Fachhochschulstudium und einer beruflichen Ausbildung vergrößern - TechnikerInnen und MeisterInnen den Zugang zu Hochschulen öffnen 			<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung der ZVS - Anteil beruflich Qualifizierter durch Anreize für Hochschulen erhöhen
BAföG & Studienfinanzierung	<p>-BAföG zur elternunabhängigen, bedarfsdeckenden und repressionsfreien Grundsicherung ausbauen</p> <p>im ersten Schritt Zwei-Körbe-Modell einführen: eine Mindestsicherung für alle, in die Kindergeld und Kinderfreibeträge einfließen, und ein am sozialen Bedarf ausgerichteter <u>Vollzuschuss</u>.</p> <p>- die Höchstdauer der Zahlung an die durchschnittliche Studienzeit anpassen</p>	<ul style="list-style-type: none"> - SchülerInnen aus einkommensschwachen Familien ab der gymnasialen Oberstufe finanziell unterstützen. - Studierenden-BAföG ausweiten auf spätere Phasen der Erwerbsbiografie. Teilzeit- und weiterbildende Master-Studiengänge fördern - Bafög-Bezug auch nach dem 30. Lebensjahr ermöglichen - Meister-BAföG und BAföG in einem Erwachsenenfortbildungsgesetz zusammenfassen -BAföG regelmäßig an Lebenshaltungskosten anpassen 	<p>- BAföG zum Zwei-Säulen-Modell als Vollzuschuss ausbauen: ein elternunabhängiger Sockelbetrag (über dem derzeitigen Kindergeld) für alle und ein Zuschuss für Studierende aus einkommensarmen Elternhäusern; Kindergeld und Kinderfreibeträge kommen direkt den Studierenden zugute</p>		<ul style="list-style-type: none"> - elternunabhängige Finanzierung durch Darlehen für jeden - Stipendien von derzeit 2 auf 10 Prozent der Studierenden erhöhen - 300 € pro Stipendium im Verhältnis von 1:1 durch öffentliche Hand und private Mittel gewährleisten - Förderung von Bildungssparkonten einführen

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> - Studiengebühren abschaffen - im Rahmen des Hochschulpakts II die Mittel pro Studienplatz erhöhen und sich dabei an realen Kosten orientieren - bessere Betreuung im Studium - viertelparitätisch besetzte Hochschulgremien und bundesweite Vertretungen von Studierenden mit allgemeinpolemischen Mandat - lernfeindlichen Restriktionen des Bachelor/Master-Systems überwinden - Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master ausschließen 	<ul style="list-style-type: none"> - gebührenfreies Erststudium bis einschließlich zum Master - Hochschulfinanzierung auf ein wettbewerbliches Anreizsystem nach dem Prinzip „Geld folgt den Studierenden“ umstellen - die Zahl der Studienplätze erhöhen; den Hochschulpakt umsetzen - Verbesserung der Lehre an den Hochschulen - inneruniversitäre Demokratie stärken: alle Statusgruppen in Entscheidungen und Gremien einbinden 	<ul style="list-style-type: none"> - sämtliche Studiengebühren abschaffen bzw. deren Einführung verhindern - bis 2014 500.000 zusätzliche Studienplätze schaffen und zum Teil aus einem Bundesländer-Fonds nach dem Prinzip »Geld folgt Studierenden« finanzieren - tragfähige bundeseinheitliche Regeln für Zulassungen und Abschlüsse an Hochschulen und eine starke Servicestelle für Hochschulzulassungen - jede Absolventin und jeder Absolvent eines Bachelorstudiengangs soll einen Masterstudiengang studieren können. - soziale Dimension des Bologna-Prozesses verbessern: Kitas auf dem Campus, Möglichkeit des Teilzeitstudiums und flexible Stundenplangestaltung - Fachzentren für die Hochschullehre einrichten - Paritätisch besetzte Hochschulgremien 	<ul style="list-style-type: none"> - Hochschulpakt soll bis 2019 fortgesetzt werden - endlich das Hochschulrahmengesetz abschaffen - Wettbewerb zwischen Hochschulen fördern - auf geringere Studienabbrucherquoten hinwirken - „Bologna“ muss überprüft und darf nicht schematisch auf alle Studiengänge erstreckt werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Abschaffung Hochschulrahmengesetz; - mehr Systemakkreditierung - leistungsorientierte Mittelvergabe mit Zielvereinbarungen für Orchideenfächer - mit Bildungsgutscheinen Hochschulen nach Anzahl der Studierenden und Absolventen finanzieren - für Hochschulpakt Grundpauschale um 25 Prozent erhöhen - Exzellenzinitiative um Lehre und angewandte Forschung erweitern - gemeinsame Studiengänge mit ausländischen Hochschulen und Doppelabschlüsse - wettbewerbsfähige Standards für Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Abdeckung des Fachkräftemangels entwickeln - Fachhochschulen in Zusammenarbeit mit Wirtschaft ausbauen - Überführung staatlicher in private Hochschulen ermöglichen

Thema	LINKE	SPD	Grüne	CDU/CSU	FDP
Weiterbildung & Lebenslanges Lernen	<ul style="list-style-type: none"> - mit einem Weiterbildungsgesetz den Rechtsanspruch, Finanzierung und Qualität von Weiterbildung sichern - Unternehmen in die Verantwortung nehmen und Branchenfonds bilden - Gesetze von Bund und Ländern zu einer Erwachsenenbildungsförderung ausbauen und allen Menschen – unabhängig vom Geldbeutel – lebenslanges Lernen ermöglichen 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterbildung mit System und Rechtsansprüchen zur Sicherung des Fachkräftebedarfs; bis 2015 von jetzt 43 auf mindestens 50 Prozent erhöhen - insbesondere Teilnahme von Geringqualifizierten ermöglichen - Verbesserung der Qualifikation von MigrantInnen, einschließlich Sprachförderung und Anerkennung ausländischer Qualifizierung 	<ul style="list-style-type: none"> - Erwachsenen-BAföG ohne Alters- und Berufseinschränkungen für nachholen von Abschlüssen - Arbeitszeitkonten für Weiterbildung nutzen, bei Arbeitsplatzwechsel und Insolvenzen schützen - individuelles Bildungssparen für alle, für Geringverdiener besonders staatlich gefördert - Bildungsberatung für alle und für KMU zur Ausweitung betrieblicher Weiterbildung 	<ul style="list-style-type: none"> - Lernzeitkonten der beruflichen WB vor betrieblichen Insolvenzen schützen 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterbildung von Berufstätigen an Hochschulen verbessern - Verbesserung der Qualität der Bildungseinrichtungen durch mehr Wettbewerb und mehr individuelle Förderung - Bildungspakt der Generationen für Lebenslanges Lernen
Sicherung des Fachkräftebedarfs		<p><i>Siehe auch Weiterbildung</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Arbeitsmarkt für ausländische AkademikerInnen, für Absolventen deutscher Auslandsschulen und Bildungsinländer offen halten. - Anerkennungsgesetz für im Ausland erworbene Abschlüsse, das nach spätestens sechs Monaten Gewissheit gibt. 	<ul style="list-style-type: none"> - bei der Ausbildungs-, Studienplatz- und Berufswahl junge Frauen und junge Männer darin unterstützen, verstärkt neue Wege auszuprobieren. Dann würden auch weniger Fachkräfte fehlen. 		